

Kreisverwaltung Ahrweiler - Wilhelmstraße 24 - 30 - 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

per Einschreiben

Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler
2.4.2 Eigentbetrieb Wasserwerk
Hauptstraße 116
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Abteilung: 4.3 - Bauen
Auskunft: Herr Zorlu
Telefon: (02641) 975-505
Telefax: (02641) 975-7505
Zimmer: 3.04
E-Mail: Bauamt@kreis-ahrweiler.de
Datum: 03.12.2025
Aktenzeichen: 4.3-BA-243366

Baugenehmigung

im vereinfachten Genehmigungsverfahren

Grundstück: Bad Neuenahr-Ahrweiler, Ahrweiler, Walporzheimer Straße 50
Lage: Gemarkung Ahrweiler, Flur 30, Flurstücke 310/2, 301/1, 1836/300, 299/3
Vorhaben: Errichtung eines bauzeitlichen Containerstellplatzes inkl. bauzeitlich versiegelter Fläche zur Gewährleistung der Wassergewinnung während der Bauzeit des Wasserwerks

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag hin wird Ihnen nach § 70 Landesbauordnung (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365) in der geltenden Fassung unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung für das vorgenannte Bauvorhaben **befristet auf 24 Monaten ab Fertigstellung bzw. Nutzungsaufnahme der Containeranlagen** erteilt.

Nach Fristablauf ist die bauliche Anlage verpflichtend, ohne Entschädigung zu beseitigen; ein ordnungsgemäßer Zustand ist herzustellen (§ 70 Abs. 2 S. 4 LBauO).

Es handelt sich um ein Vorhaben, das nach § 66 LBauO im vereinfachten Genehmigungsverfahren behandelt wurde. Eine Prüfung der bauordnungsrechtlichen Bestimmungen der LBauO, der Verordnungen und technischen Bestimmungen hat nicht stattgefunden. Der Bauherr, der Entwurfsverfasser

Dienstgebäude

Wilhelmstraße 24-30
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Telefon 02641 / 975 - 0
Telefax 02641 / 975 - 456

Konto der Kreiskasse

Kreissparkasse Ahrweiler
Konto 801076 (BLZ 577 513 10)
IBAN: DE97 5775 1310 0000 8010 76
Swift-BIC: MALADE51AHR

Sprechzeiten Servicestelle Bauen

Montag bis Mittwoch und Freitag
7:30 Uhr - 12:00 Uhr
Donnerstag
7:30 Uhr - 18:00 Uhr

Sprechzeiten Sachbearbeiter / innen:

Nach Terminvereinbarung über die
Servicestelle Bauen
Je nach Sachbearbeiter / in
Mittwoch bzw. Donnerstag

Außenstelle untere Bauaufsicht Brohlthal

Kapellenstraße 12
56651 Niederzissen
Telefon 02636 / 9740 - 500
Telefax 02636 / 9740 - 506

Sprechzeiten Außenstelle Brohlthal

Montag bis Freitag 8:30 Uhr - 12:30 Uhr
Donnerstag 14:00 Uhr - 18:00 Uhr

und die ausführenden Unternehmer im Rahmen ihrer Wirkungskreise sind jedoch verpflichtet, auch diese bauordnungsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Verstöße können kostenpflichtige Maßnahmen nach sich ziehen.

Gegenstand dieser Baugenehmigung sind die in den Planunterlagen des Entwurfsverfassers Pfunder Stefan vom Juni 2025 zeichnerisch dargestellte Errichtung eines bauzeitlichen Containerstellplatzes inkl. bauzeitlichen Containeranlagen und einer bauzeitlichen versiegelten Fläche mit einer Standzeit von 24 Monaten.

Die nachfolgenden Unterlagen werden zum Bestandteil dieses Bescheides erklärt, bilden hierfür Grundlagen und sind bei der Ausführung und beim Betrieb des o. a. Bauvorhabens bzw. der Anlage zu beachten und einzuhalten:

- Der Fachbeitrag Naturschutz einschließlich Bestands- und Maßnahmenplan der Björnson Beratende Ingenieure GmbH, Maria Trost 3, 56070 Koblenz, vom Oktober 2025.
- Der Fachbeitrag Artenschutz der Björnson Beratende Ingenieure GmbH, Maria Trost 3, 56070 Koblenz, vom Oktober 2025.
- Bei der Umsetzung des Bauvorhabens sind folgende, im Fachbeitrag Naturschutz auf Seite 15 f sowie im Maßnahmenplan dargestellten Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen.
- Rückbau-Verpflichtungserklärung gemäß § 35 Abs. 5 BauGB (Außenbereich) vom Wasserwerk der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler.
- Der Entwässerungsplan der Björnson Beratende Ingenieure GmbH vom Juli 2024
- Die Betriebsbeschreibung vom 17.07.2025.

Die Baugenehmigung gilt nur insoweit, wie die beschriebenen baulichen Maßnahmen und Änderungen in den vorgenannten Unterlagen aufgeführt sind.

Die Bauausführung hat nach Maßgabe der genehmigten, mit Prüfvermerk versehenen Bauunterlagen unter Beachtung der in grün eingezeichneten Prüfberichtigungen zu erfolgen. Die Vorschriften der LBauO, der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen, der einschlägigen DIN-Vorschriften, ferner die verbindlichen Bauleitpläne, die Unfallverhütungsvorschriften, die anerkannten Regeln der Baukunst und die sonstigen maßgeblichen öffentlich-rechtlichen Vorschriften sind zu beachten.

Auf Stellungnahme des Abwasserwerks der Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler vom 13.11.2024 wird hingewiesen. Sollten hierzu Rückfragen bestehen, wenden Sie sich bitte an das Abwasserwerk der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Die in dem beigefügten Schreiben der Unfallkasse Rheinland-Pfalz, Andernach, Az. KVTB032375, vom 30.07.2025 aufgeführten Auflagen und Bedingungen sind Bestandteil dieser Genehmigung und deshalb bei der Ausführung und beim Betrieb des o. a. Bauvorhabens bzw. der Anlage zu beachten.

Für diesen Bescheid werden Gebühren und Auslagen nach dem Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in der geltenden Fassung und der Landesverordnung über die Gebühren und Vergütungen für Amtshandlungen und Leistungen nach dem Bauordnungsrecht (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 09.01.2007 (GVBl. S. 22) in der geltenden Fassung erhoben. Über die Höhe, Aufteilung und Berechnung erhalten Sie einen gesonderten Kostenfestsetzungsbescheid.

Nebenbestimmungen

Die Baugenehmigung wird mit folgenden Nebenbestimmungen versehen:

1. Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn uns die **Erklärung über die ordnungsgemäße Aufstellung des Standsicherheitsnachweises der baulichen Anlage** durch die Aufstellerin oder den Aufsteller des Nachweises vorliegt (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 sowie § 5 Abs. 1 der Landesverordnung über Bauunterlagen und die bautechnische Prüfung [BauuntPrüfVO]).

Spätestens mit der Mitteilung über die abschließende Fertigstellung des Bauvorhabens ist die **Erklärung über die Bauausführung** gemäß § 78 Abs. 2 LBauO vorzulegen.

Die Erklärungen sind von der Person auszustellen, die den Standsicherheitsnachweis aufgestellt hat.

Der Aufsteller bzw. die Aufstellerin des bautechnischen Nachweises über die Standsicherheit muss die Voraussetzungen des § 66 Abs. 6 LBauO erfüllen. Hierzu weist die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Obere Bauaufsichtsbehörde, Koblenz darauf hin, dass die in **Hamburg eingetragenen Aufsteller von Standsicherheitsnachweisen nicht anerkannt werden**, da dort nicht vergleichbare Eintragungskriterien gelten. Ergänzend weisen wir auf § 66 Absatz 8 LBauO hin.

Aus vorgenannten Gründen kann daher nur eine Erklärung anerkannt werden, die von einer verantwortlichen Person unterschrieben ist, die die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

2. Der gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 sowie § 5 Abs. 3 der Landesverordnung über Bauunterlagen und die bautechnische Prüfung (BauuntPrüfVO) vom 16.06.1987 (GVBl. S. 165) in der geltenden Fassung zu führende **Nachweis über den Wärmeschutz** ist auf Grundlage des Gesetzes zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (**Gebäudeenergiegesetz - GEG**) vom 08.08.2020 – BGBl. I S. 1728 in der zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Fassung uns **vor Baubeginn** vorzulegen

Der Nachweis über den Wärmeschutz muss

- a) von dem Bauherren/der Bauherrin,

- b) von dem Entwurfsverfasser/der Entwurfsverfasserin und ggf.
- c) von der sachverständigen Person (sofern der Nachweis nicht von dem Entwurfsverfasser/der Entwurfsverfasserin erstellt wurde)

jeweils mit Tagesangabe unterschrieben sein.

3. Die **Erfüllungserklärung** nach § 92 Abs. 1 Satz 1 Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist zeitgleich **mit der abschließenden Fertigstellungsanzeige** nach § 78 Abs. 2 der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24. November 1998 (GVBl. S. 365, BS 213-1) in der jeweils geltenden Fassung vorzulegen.
4. In **bauhygienischer Hinsicht** sind bei der Ausführung des Bauvorhabens folgende Auflagen zu beachten:
 - Folgende konkrete Termine sind nach Festlegung dem Gesundheitsamt gemäß § 11 TrinkwV vor den Maßnahmen anzuzeigen und mit Datum und Uhrzeit im Rahmen der Bauüberwachung zu dokumentieren:
 - Der Beginn der baulichen Einrichtung des Container-Stellplatzes am Wasserwerk,
 - Die Unterbrechung und die anschließende Wiederinbetriebnahme der Trinkwasserversorgung vor und nach Verlagerung der Container des mobilen Wasserwerks auf den neuen Stellplatz.
 - Vor der Inbetriebnahme des mobilen Containerwasserwerks Wasserwerks ist eine Abnahme durch das Gesundheitsamt mit Ortstermin zu vereinbaren. Wir bitten den Antragsteller deshalb um rechtzeitige Mitteilung - mindestens einen Monat vor der geplanten (Wieder-Inbetriebnahme) - um rechtzeitig vor dem geplanten Eröffnungszeitpunkt hygienische Überprüfungen vornehmen zu können.
 - Bei dem Vorhaben sind zu beachten und einzuhalten:
 - Trinkwasserverordnung
 - TrinkwV (2023-06-20)
 - DVGW-Arbeitsblätter
 - DVGW W 101 (2021-03) „Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete; Teil 1: Schutzgebiete für Grundwasser“ und
 - DVGW W 202 (2010-03) „Technische Regeln Wasseraufbereitung (TRWA) - Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Anlagen zur Trinkwasseraufbereitung
 - wasserfachliche DIN-Norm
 - DIN 2000 (2017-02) „Zentrale Trinkwasserversorgung - Leitsätze für Anforderungen an Trinkwasser, Planung, Bau, Betrieb, und Instandhaltung der Versorgungsanlagen“

5. In naturrechtlicher Hinsicht sind bei der Ausführung des Bauvorhabens folgende Nebenbestimmungen zu beachten:

1. Der Fachbeitrag Naturschutz einschließlich Bestands- und Maßnahmenplan der Björnson Beratende Ingenieure GmbH, Maria Trost 3, 56070 Koblenz, vom Oktober 2025 wird zum Bestandteil der Baugenehmigung erklärt.
2. Der Fachbeitrag Artenschutz der Björnson Beratende Ingenieure GmbH, Maria Trost 3, 56070 Koblenz, vom Oktober 2025 wird ebenfalls zum Bestandteil der Baugenehmigung erklärt.
3. Bei der Umsetzung des Bauvorhabens sind folgende, im Fachbeitrag Naturschutz auf Seite 15 f sowie im Maßnahmenplan dargestellten Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen:

a) Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen (V)

⇒ **V1: Schonender Umgang mit Böden**

Das im Zuge der Bauarbeiten ggfs. anfallende Bodenmaterial des Unterbodens ist abzutragen und – soweit nicht auf der Baustelle benötigt – fachgerecht zu entsorgen (Entsorgungsnachweis) bzw. weiterzuverwenden. Zum Schutz des Bodens vor Verunreinigung und Verdichtung ist ein Trennvlies zwischen Boden und temporären Oberflächenbefestigungen einzubauen.

⇒ **V2: Schutzmaßnahmen bei Arbeiten im Wasserschutzgebiet**

Zum Einsatz kommende Bau- und Bauhilfsstoffe dürfen nicht wassergefährdend sein und Fahrzeuge und Baumaschinen sind gegen Kraftstoff- und Ölverlust zu sichern. Reparaturen, Wartungsarbeiten und Betankungen haben außerhalb des Wasserschutzgebietes zu erfolgen. Ist das nicht möglich, sind Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die ein Aus- oder Überlaufen von Kraftstoffen ins Erdreich verhindern (Folien, Wannen etc.).

Geeignete Ölbindemittel sind bei Unfällen als Sofortmaßnahme vorzuhalten.

⇒ **V3: Bauzaun und Wurzelschutz im Bereich des Containerstellplatzes**

Bäume sind zum Schutz vor mechanischen Schäden durch einen Bauzaun von der Baumaßnahme abzugrenzen.

In Wurzelbereichen ist Boden mittels Absaugen oder in Handarbeit auszuheben.

Wurzeln sind schneidend zu durchtrennen und Schnittstellen zu glätten sowie mit wachstumsfördernden Stoffen fachgerecht zu behandeln.

Freigelegte Wurzeln sind gegen Austrocknung und Frosteinwirkung zu schützen.

Stoffe zum Verfüllen des Wurzelbereichs müssen eine dauerhafte Durchlüftung zur Regeneration der beschädigten Wurzeln sicherstellen.

Entsprechend dem Wurzelverlust haben Schnittmaßnahmen in der Krone zu erfolgen. Gleiches gilt für den Kronenbereich oberhalb der durch Versiegelung beeinträchtigten Wurzeln. Bäume sind regelmäßig auf ihre Standsicherheit zu überprüfen. Falls sie Schäden aufweisen bzw. abgängig sind, sind sie fachmännisch zurückzuschneiden oder zu entnehmen und zu ersetzen.

b) Ausgleichsmaßnahme (A)

⇒ **A1: Wiederherstellung der Flächen im Bereich temporärer Containerstellplatz und BE-Fläche**

Nach Bauausführung ist der ursprüngliche Zustand der in Anspruch genommenen Flächen wiederherzustellen. Dafür ist die Versiegelung auf den Flächen (Asphaltierung) zurückzubauen, die bauzeitlich verdichteten Böden sind tiefenzulockern (gegebenenfalls mit zusätzlicher Tiefenbelüftung) und mit Oberboden anzudecken.

Böschungen sind landschaftsgerecht, möglichst flach und ausgerundet zu modellieren und an das angrenzende Gelände anzubinden,

Die Begrünung der Flächen erfolgt mit der Saatgutmischung Regiosaatgut UG 7 „Rheinisches Bergland – Frischwiese/Fettwiese“ mit einem Anteil an Blütenpflanzen von mindestens 30 Prozent.

Die Pflege erfolgt in Form einer zweischürigen Mahd mit Entnahme des Mahdgutes, wobei die erste Mahd nicht vor dem 15. Juni stattfinden soll.

Ein entsprechender **Nachweis** (z. B. Fotos) ist der Unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert vorzulegen.

Die Bauausführung einschließlich der vorbereitenden Arbeiten zur Anlage eines temporären Containerstellplatzes sowie einer BE-Fläche ist durch eine fachlich geeignete Person zu begleiten (Ökologische Baubegleitung – ÖBB), die die Einhaltung der Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen überwacht und der Unteren Naturschutzbehörde die entsprechenden Nachweise in Bezug auf die Anlage des temporären Containerstellplatzes und der BE-Fläche zur Verfügung stellt.

4. Die ggf. für das Vorhaben erforderlichen Rodungs- bzw. Freistellungsarbeiten sind im Winterhalbjahr vor der Umsetzung des Bauvorhabens durchzuführen (vegetationslose Zeit vom 01.10. bis 28.02.).
5. Die bau- und betriebsbedingte Flächeninanspruchnahme sind auf das Baufeld, die Baustelleneinrichtung und die ausgewiesenen Zufahrtswege zu beschränken. Angrenzende Einzelbäume, Gehölzbestände sowie Hecken und Sträucher (Tabuflächen) sind durch geeignete Schutzmaßnahmen, wie z. B. Schutzzäune, abzugrenzen. Bei Einzelbäumen im Bauumfeld ist der Stammbereich mit einer Ummantelung zu schützen, der Wurzelbereich darf nicht mit schwerem Gerät befahren werden,
6. Die einschlägigen DIN-Normen DIN 18920, DIN 18915 sowie DIN 19639 sind bei der Umsetzung des Vorhabens zu beachten.

Hinweise:

- Abweichungen von den geprüften Plänen sind nur nach schriftlicher Genehmigung der Kreisverwaltung Ahrweiler zulässig. Bauherr/in, Entwurfsverfasser/in und Unternehmer handeln ordnungswidrig im Sinne von § 89 LBauO, wenn das Vorhaben abweichend von den genehmigten Unterlagen errichtet oder geändert wird. Die Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße von mehr als 50.000,00 € geahndet werden.
- Auflagen können mittels kostenpflichtiger Verfügung und Androhung von Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden.
- Die Baugenehmigung erlischt, wenn das Vorhaben nicht innerhalb von vier Jahren nach Bekanntgabe der Baugenehmigung begonnen ist oder die Ausführung länger als der Zeitraum unterbrochen wurde. Die Geltungsdauer der Baugenehmigung kann auf Antrag verlängert werden. Die Ausführung des Vorhabens gilt nur dann als begonnen, wenn wesentliche Bauarbeiten ausgeführt worden sind. Die vorgenannte Geltungsdauer der Baugenehmigung gilt nur, wenn in der Baugenehmigung keine kürzere Befristung enthalten oder eine in der Baugenehmigung festgesetzte auflösende Bedingung nicht vorher eingetreten ist.
- Die gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen und Mitteilungen sind mittels beigefügter Vordrucke vorzunehmen und rechtzeitig bei uns einzureichen. Selbiges gilt für Formulare
 - Erklärung Standsicherheitsnachweis,
 - Erklärung Wärmeschutz und
 - Erklärung über die Bauausführung (auszustellen durch die Person, die den Standsicherheitsnachweis aufgestellt hat),

die auf unserer Internetseite www.kreis-ahrweiler.de zum Download bereitstehen. Ebenfalls ist an der Baustelle die gesetzlich vorgeschriebene Kennzeichnung gemäß § 53 Abs. 3 LBauO (Roter Punkt) anzubringen. Ein entsprechender Vordruck ist beigefügt.

Die o.g. Unterlagen können Sie uns auch gerne in unterzeichneter Form elektronisch per E-Mail (Bauueberwachung@kreis-ahrweiler.de) zukommen lassen (eine separate Übersendung auf dem Postwege ist in diesem Falle nicht notwendig).

Werden erforderliche Nachweise, Bescheinigungen, Anzeigen, Meldungen, Formulare und Mitteilungen (z. B. Baubeginnanzeige) nicht rechtzeitig und/oder nicht ordnungsgemäß vorgelegt, sind wir aufgrund gebührenrechtlicher Vorschriften gehalten, eine Gebühr von 15,00 € je Nachforderungsschreiben zu erheben.

- Der Beginn der Bauarbeiten ist uns mindestens eine Woche vorher mitzuteilen. Dies gilt auch für die Wiederaufnahme von Bauarbeiten nach einer Unterbrechung von mehr als drei Monaten (§ 77 Abs. 1 Nr. 2 LBauO).

- Für das Bauvorhaben ist ein geeigneter Bauleiter bzw. eine geeignete Bauleiterin zu bestellen. Der Name und die Anschrift des Bauleiters bzw. der Bauleiterin ist uns vor Baubeginn schriftlich anzuzeigen. Ein Wechsel des Bauleiters bzw. der Bauleiterin während der Bauausführung ist uns unverzüglich schriftlich mitzuteilen (§ 55 Abs. 1 LBauO).
- Die bauliche Anlage darf erst gemäß § 79 Abs. 1 LBauO erst dann genutzt werden, wenn sie ordnungsgemäß fertig gestellt und sicher benutzbar ist (Vorlage der „Mitteilung über die abschließende Fertigstellung“). Eine Nutzungsaufnahme vor abschließender Fertigstellung kann durch die Bauaufsichtsbehörde auf vorherigen schriftlichen Antrag zulassen werden, wenn wegen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung keine Bedenken bestehen.
- Öffentliche Verkehrsflächen, Versorgungs-, Abwasser- und Meldeanlagen sowie Pegel- und Grundwassermessstellen, Vermessungs- und Grenzmarken sind während den Bauarbeiten zu schützen und soweit erforderlich unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zugänglich zu halten. Bäume, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu erhalten sind, müssen während der Bauarbeiten geschützt werden. Vor Baubeginn ist die Lage der Versorgungsleitungen und Fernmeldekabel mit den Versorgungsträgern (Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke, Telekom) zu klären.
- Sollten Sie Fragen zur Entsorgung anfallenden Erdaushubes oder zu Bauabfällen haben, wenden Sie sich bitte an die Abfallberater (AWB) in unserem Hause.
- Das Vermessungs- und Katasteramt Osteifel-Hunsrück weist auf die Gebäudeeinmessungspflicht hin, wenn Gebäude errichtet oder bestehende Gebäude im Grundriss verändert werden. Die Gebäudeeinmessung ist bis spätestens einen Monat nach Fertigstellung des Rohbaus zu beantragen. Für Informationen zum Thema Gebäudeeinmessungspflicht haben wir auf unserer Internetseite www.kreis-ahrweiler.de das Merkblatt der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz zum Download eingestellt. Bei weitergehenden Fragen wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vermessungs- und Katasteramtes Osteifel-Hunsrück in Mayen, Telefon Nr.: 02651/9582-0 - Telefax: 02651/9582-400 und 401, E-Mail: vermka-oeh@vermkv.rlp.de oder der Servicestelle bei der Kreisverwaltung Ahrweiler (Büro Nr. E.70 oder E.71).
- In wasserrechtlicher Hinsicht wird auf folgende Punkte hingewiesen:
 - Das Vorhaben befindet sich im Risikogebiet außerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Ahr. Gemäß § 78b WHG sind dort bauliche Anlagen nur in einer dem jeweiligen Hochwasserrisiko angepassten Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten. Grundsätzlich bestehen gegen das Vorhaben seitens der unteren Wasserbehörde keine Bedenken.
 - Bei einem außergewöhnlichen Starkregenereignis (SRI 7) mit einer Regenmenge von ca. 40 - 47 mm in einer Stunde können in dem Planungsbereich gemäß der Sturzflutgefahrenkarte des Landesamtes für Umwelt (LfU) Rheinland-Pfalz (<https://wasserportal.rlp-umwelt.de/auskunftssysteme/sturzflutgefahrenkarten>) Wassertiefen mit bis zu 50 cm und Fließgeschwindigkeiten mit bis zu 0,2 m/s entstehen.

Bei einem extremen Starkregenereignis (SRI 10) mit einer Regenmenge von ca. 112 - 136mm in vier Stunden können in dem Planungsbereich gemäß der Sturzflutgefahrenkarte Wassertiefen mit bis zu 100 cm und Fließgeschwindigkeiten mit bis zu 1 m/s entstehen. Wir bitten ausdrücklich dies zu beachten.

Die Antragstellenden haben selbst die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um mögliche Schäden durch Hochwasser oder Starkregen zu vermeiden oder zu minimieren (§ 5 Abs. 2 WHG).

- Die Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler bittet um Beachtung der folgenden Punkte:
 - Die Ableitung von Niederschlagswasser auf Straßen, Wege und Plätze ist unzulässig.
 - Die DIN 18920 (Schutz vor Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) sowie die R SBB (Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen) sind zu befolgen.

Vorhandene Bäume und Grünflächen im Bereich der Baustelle sind vor Beschädigungen zu schützen.

Baumscheiben und Wurzelbereiche dürfen nicht durch Baustoffe wie Öl, Teer, Zement, Salz, Säurereste oder Farben verschmutzt werden.

Offene Wurzelbereiche und Grünflächen dürfen nicht überfahren oder als Baulagerverwendet werden.

Es ist ein ortsfester Zaun aufzustellen. Es ist der gesamte Wurzelbereich zu umschließen (Kronentraufe + 1,50m). In dem Bereich, in dem der Abstand nicht eingehalten werden kann, ist der Abstand zum Stamm möglichst groß zu wählen. Das Stellen des Zauns ist vor Beginn der Bauarbeiten mit dem städtischen Baumkontrolleur oder im Verhinderungsfalle mit dessen Vertreter abzustimmen. (Frau Diehl Tel. 02641 / 87 210)

Im Wurzelbereich (Kronentraufe zzgl. 1,50m) darf nur in Handschachtung oder dem Saugbagger gearbeitet werden.

Anlagen sind möglichst außerhalb des Wurzelbereichs (Kronentraufe zzgl. 1,50m) zu errichten. Ist die nicht möglich, ist genau nach den oben genannten Richtlinien zu verfahren.

Wurzeln und Äste dürfen nicht ohne Abstimmung mit der Abt. 1.3.3 (Gebäude- und Grundstücksmanagement, Betriebshof) der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler entfernt werden.

Sollten Schnittmaßnahmen an Bäumen notwendig sein, ist dies vorher immer mit dem städtischen Betriebshof abzustimmen. (Frau Diehl Tel. 02641 / 87 210). Die Ausführung darf nur durch eine Fachfirma oder den städtischen Betriebshof erfolgen.

Sollten Schäden durch die Baumaßnahme auftreten, sind die Kosten der notwendigen Maßnahmen vom Bauherrn zu tragen.

Eine Beweissicherung zur Dokumentation der Schäden, die schon vor Beginn der Baumaßnahme vorhanden sind, ist vom Bauherrn eigenständig zu erbringen.

- Die öffentliche Verkehrsfläche sind beim Befahren mit schwerem Fahrzeug und Gerät vor Beschädigung zu schützen. Rechtzeitig vor Beginn von Abriss- oder Baumaßnahmen ist der Stadtverwaltung eine Beweissicherung über den Zustand des von der Baumaßnahme unmittelbar betroffenen öffentlichen Verkehrsraums vorzulegen. Für das Befahren des Baustellenbereichs muss frühzeitig vor Aufnahme der Arbeiten die Genehmigung einer Baustellenzufahrt beantragt werden.
- Die Nutzung öffentlicher Flächen bedarf einer verkehrsbehördlichen Genehmigung und ist rechtzeitig (mind. 20 Tage vor Baubeginn) unter verkehr@bad-neuenahr-ahrweiler.de zu beantragen.
- Im Zusammenhang mit der Baustelleneinrichtung und der Bauausführung wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der örtlichen Situation die Nutzung öffentlicher Flächen nicht oder ggfls. nur bedingt in Aussicht gestellt werden kann.
- Die bauantragsgegenständlichen Flächen sind nach Errichtung und der Inbetriebnahme des neuen Wasserwerks vollständig zurückzubauen und zu renaturieren.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch bei der Kreisverwaltung Ahrweiler, Wilhelmstraße 24 - 30, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, schriftformersetzend nach § 3a Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und § 9a Absatz 5 des Online Zugangsgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

Eine einfache E-Mail ist nicht ausreichend.

Bei allen Eingaben bitten wir um Angabe des o.g. Aktenzeichens.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Zorlu

Bachelor of Arts

Sprechtag: Mittwoch

(Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf keiner Unterschrift.)